

UNGEMÜNZT

Bitcoins sind Geld, das es nur im Internet gibt. Die Kryptowährung erlebt gerade einen atemberaubenden Hype. Aber welche Auswirkungen hat diese neue Blockchain-Technologie für Geldtransaktionen auf die Wirtschaft und den Staat? Eine Grazer Forschungsgruppe sucht Antworten.

VON KLAUS HÖFLER

Nach Jahren der Ernüchterung auf den Finanzmärkten klang es wie eine Nachricht aus der Erlöser-Ecke. Mitte August kletterte die Internet-Währung Bitcoin auf diversen Handelsplattformen erstmals über die 4000-Dollar-Marke. Greifbarer wird diese Explosion im retrospektiven Vergleich: Von Jahresbeginn bis zum Sommer verdreifachte sich der Kurs des Kunstgelds. Traditionelle Notenbanken sehen daneben ziemlich alt aus. Entsprechend leidenschaftlich wird die junge Wunderwährung – erfunden wurde sie inmitten der Finanzkrise 2008 – von ihnen auch kritisiert. „Bitcoin ist keine Währung, sondern ein Spekulationsobjekt“, wettet beispielsweise der Gouverneur der Österreichischen Nationalbank Dr. Ewald Nowotny.

Derartige Ängste sind nicht unbegründet. Tatsache ist aber, dass einige Kryptowährungen als Zahlungsmittel bereits verwendet und anerkannt werden. Was einst als Spinnerei von Technikfreaks und CyberanarchistInnen abgetan wurde, ist mittlerweile im Herzen der Finanzwelt angekommen. Vor allem der dahinterliegenden Software wird großes Zukunftspotenzial attestiert. Blockchain-Technologie nennt sich das System, bei dem Transaktionen in Datenblöcken zusammengefasst, verschlüsselt und von den TeilnehmerInnen des Netzwerks ständig überprüft und legitimiert werden. Für einen derartigen digitalen Zahlungsverkehr braucht es keine Bank mehr. Das erklärt den Unmut von Nowotny und Co., eröffnet aber tatsächlich ein gan-

zes Bündel an vor allem rechtlichen und wirtschaftspolitischen Fragen.

Eine Forschungsgruppe ist seit Jahresbeginn auf der Suche nach Antworten. Unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Tina Ehrke-Rabel vom Institut für Finanzrecht, Univ.-Prof. Dr. Richard Storn vom Institut für Finanzwissenschaft und Öffentliche Wirtschaft sowie Univ.-Prof. Dr. Iris Eisenberger von der Wiener Universität für Bodenkultur arbeitet ein Team von jungen WissenschaftlerInnen mit der selbstständigen Zukunftsforscherin Dr. Elisabeth Hödl an dem vom Land Steiermark geförderten Projekt „Kryptostaat“. „Wir beschäftigen uns aus verfassungsrechtlicher, volkswirtschaftlicher, finanzwissenschaftlicher und steuerrechtlicher Sicht mit der Frage, welche Auswirkungen Kryptowährungen wie Bitcoin auf den Staat haben“, erläutert Ehrke-Rabel.

Weites Feld. Der aktuelle Hype suggeriert, dass die Kryptowährungen ein „Maßanzug für eine globale und effiziente Wirtschaft sein könnten“, wie es die Juristin formuliert. KritikerInnen beanstanden, dass sich derartige Transaktionstechnologien jeglicher Kontrolle durch staatliche Institutionen entziehen, weil sie im nationalstaatlichen Niemandsland des Netzes auftreten und die AkteurInnen nur schwer identifiziert werden können. Dadurch würden etwa traditionelle volkswirtschaftliche Möglichkeiten der Währungspolitik als Stabilitätsfaktor ausgehöhlt. Eine ernsthafte Gefahr?

„Es gibt Ansätze, die das bestätigen, und andere, die das verneinen und meinen, dass nationalstaatliche Währungspolitik nicht erforderlich sei“, relativiert Ehrke-Rabel. Eines ist für sie aber klar: „Zumindest der Handel mit Kryptowährungen muss reguliert werden.“ Andere Anwendungen der Technologie sind rechtlich einzuordnen – beziehungsweise falls nötig, neu zu ordnen. „Denn wenn der Staat einfach nur zusieht und zuwartet, sehe ich eine Gefahr für seine Funktionsfähigkeit“, unterstreicht die Wissenschaftlerin.

In der Wirtschaft selbst wird der neuen Technologie *grosso modo* abwartend begegnet. Zwar gaben zuletzt 60 Prozent der 3000 vom Büromaschinen-Riesen IBM weltweit befragten Führungskräfte an, noch nicht ausreichend darauf vorbereitet zu sein, mehrheitlich werden Blockchains aber als Chance gesehen, weil sie neue Transaktionsmöglichkeiten mit mehr Vertrauen, Transparenz und Nachvollziehbarkeit innerhalb der Partnernetzwerke erlauben. Denn um mit Bits und Bytes im Netz einkaufen zu können, braucht man eine verschlüsselte Adresse aus Ziffern und Buchstaben. Jede Zahlung über die digitale Geldbörse wird überprüft und gesammelt.

Undurchsichtig. Klingt zunächst bestechend einfach. Aber dieses Zusammenspiel zwischen transparenter Zahlungsabwicklung und gleichzeitiger „Tarnung“ der AkteurInnen durch Pseudonyme verursacht massive Bedenken. Denn im Vergleich zu den herkömmlichen Konten fehlt zum einen eine Mittelsperson etwa in einer Bank, die die Nummern den entsprechenden wirtschaftlich Berechtigten zuordnen kann. Zum anderen lässt sich für jeden Transaktionsvorgang ein neues Pseudonym generiert, was die Entschlüsselung noch weiter erschwert. Gut für jene, die – aus welchen Gründen auch immer – anonym bleiben wollen. „Und da eine Regulierung meiner Einschätzung nach nationalstaatlich keinen Erfolg bringen würde, sondern wohl global erfolgen müsste, haben Kryptowährungen durchaus das Potenzial, ein sicherer Hafen zu bleiben“, glaubt Ehrke-Rabel. An eine Blasen-Bildung mit inkludierter Gefahr zu platzen, glaubt die Finanzjuristin nicht. An ein mittelfristiges Durchsetzen der neuen Technologie dagegen schon. „Ich vermute, dass sich da in den kommenden fünf Jahren sehr viel tun wird.“ Ausgerechnet die altehrwürdige Post ist jedenfalls schon auf den Zug aufgesprungen: Seit Juli können Bons für Bitcoins und anderes digitales Geld zu 50, 100 und 500 Euro österreichweit an allen 1800 Standorten erworben werden.

UNCOINED

Bitcoin and other cryptocurrencies are currently seeing an unexpected boom. The digital money that can only be used online and the underlying blockchain technology could soon revolutionise business and erode the importance of banks. A project at the University of Graz is investigating the effects on state monetary systems and banks. Legal expert Tina Ehrke-Rabel sees an urgent need for global regulation so as to avoid functioning economic systems from getting derailed in the near future. The new payment method could prove interesting for many companies operating primarily online, and there is equally great potential in the underlying encryption technology.



Nicht nur Bares ist ein wahres Forschungsthema: Die Leiterin des Instituts für Finanzrecht Tina Ehrke-Rabel analysiert die konkreten Auswirkungen von Bitcoin und anderen digitalen Zahlungsmitteln auf Nationalstaaten und Wirtschaftssysteme.

Kryptowährungen. Bitcoin, Ethereum, Litecoin und andere Zahlungsmittel sind digitales Geld, das für Transaktionen im Internet verwendet werden kann. Überweisungen werden dezentral über einen Zusammenschluss von mehreren Rechnern getätigt, Bankverkehr oder eine zwischengeschaltete Institution sind damit überflüssig. Als „Konto“ dient eine digitale Brieftasche, die die BesitzerInnen auf ihren privaten Computern gespeichert haben. Die ausgeklügelte Verschlüsselung stellt sicher, dass Bitcoins nur einmal eingesetzt und zuverlässig überwiesen werden. Die Technologie der Blockchain speichert den gesamten Geldverkehr auf den Computern aller TeilnehmerInnen.